

Was bedeutet es, Müll zu haben?
Zur Rolle der Kirche in einem klassischen Umweltkonflikt
Von Dr. Thomas Schaack

veröffentlicht in: Und sie sahen eine neue Erde

Gudrun Kordecki/Britta Rook/ Wilhelm Wegner (Hg.) Iserlohn 2003

Einleitung

November 2002, Momentaufnahme aus einem klassischen Umweltkonflikt. Es geht um den Bau einer „thermischen Abfallbehandlungsanlage in Nordfriesland“ (TANF) oder den Bau einer „Müllverbrennungsanlage“ (MVA) – keine Alternativen, denn beides meint das gleiche, aber schon der Wortgebrauch ist Bekenntnis. Doch ginge es *nur* um Sprache, dann wäre der „Sieg“ schon bei den Bürgerinitiativen: auch die Vertreter der RWE und der „Abfallwirtschaftsgesellschaft Nordfriesland“ (AWNF) reden inzwischen selbst in offiziellen Dokumenten von der „MVA“. Es spricht sich halt leichter, und ihr eigener zungenbrecherischer Euphemismus lässt sich auf die Dauer - und anders als erwartet - nicht durchhalten: dass von dem „Ding“ so oft geredet werden muss, kam wohl selbst in den Alpträumen des Energiekonzerns und der örtlichen Kreispolitiker nicht vor.

Für die Mitglieder der Bürgerinitiativen bedeuten die Geschehnisse der letzten Monate zugleich ein groß angelegtes Fortbildungsprogramm in Physik, Chemie und Ingenieurwissenschaften. In Versammlungen muss man Begriffe wie „heizwertreiche Fraktion“ und auch Einheiten wie „Mg“ oder „µg“ nicht erklären, Verweise auf die „TASI“ oder die „17. BimschV“ können einem über die Lippen kommen, ohne dass man mit Nachfragen rechnen müsste.

Für alle gemeinsam schließlich ist dies auch – vielleicht vor allem anderen - eine Lektion in Sachen politischer Kultur. Der Konflikt verweist deutlich auf die Grenzen der repräsentativen Demokratie, ohne dass sich aber zugleich ein „plebiszitäres Modell“ als Lösung aller Probleme nahe legte. Auf jeden Fall ist vielen Bürgern klar geworden, dass sie sich für ihre Belange einsetzen müssen, wenn sie sie anders gestaltet haben wollen. Insofern geschieht eine Entdeckung der Politik durch den Bürger, dessen Sache sie ja eigentlich auch ist. Organisiert haben sich die Bürger in mittlerweile 21 Bürgerinitiativen. Einer größeren Menge von Bürgern ist jetzt klar geworden, wie Politik im Detail gestaltet wird. Vielen Bürgern ist klar geworden, wie schwer es für die institutionalisierte Politik ist, sich auf Meinungsbildungsprozesse unter den Bürgern offen – d.h. „face to face“, in gleichberechtigtem Diskurs, und doch zielführend und konzentriert - einzulassen. Und zum ersten Mal haben Bürger die Namen derer kennen gelernt, die sie vor Jahren in den Kreistag wählten.

In all dem kommt auch die Kirche vor. Der Kirchenkreis Husum-Bredstedt bildet den geographisch zentralen Teil des Kreises Nordfriesland. In einem ländlichen Kirchenkreis mit recht hoher Kirchenmitgliedschaft steht die Kirche in der Gesellschaft, wahrgenommen vor allem als die Gemeinde vor Ort. Sie wird gefragt, was sie meint, sie wird

um Solidarität gebeten, sie wird bei ihrem Ruf behaftet, Anwalt der Schwachen zu sein und soll dann auch das Gewicht einer anerkannten gesellschaftlichen Institution in die Waagschale werfen. Sie wird auch um seelsorgerliche Begleitung gebeten von Menschen, die schlicht Angst haben.

Und doch ist Kirche hier auch deutlich Volkskirche: sie will Kirche für alle sein und nicht einfach zum „Kampf gegen die da oben“ blasen (sie wird aber von *beiden* Seiten im Laufe der Auseinandersetzung immer wieder darauf angesprochen). Sie will auch „kritisches Moment“ bleiben, warnen vor dem falschen „Bildermachen“, dass die jeweils andere Partei nur bei Klischees behaftet und das echte Zuhören verhindert.

Zur Historie des Konflikts

Die Geschichte des Konflikts um den geplanten Bau einer MVA in Nordfriesland ist spannend und einer detaillierteren Betrachtung wert. An dieser Stelle aber müssen einige wenige skizzenhafte Bemerkungen ausreichen.

Entsprechend der „Technischen Anleitung Siedlungsabfall“ (TASI) von 1992 ist der Landkreis Nordfriesland wie bundesweit alle Träger der Abfallentsorgung gefordert, seinen Hausmüll spätestens zum 1. Juni 2005 thermisch oder thermisch-biologisch zu behandeln. Die Mülldeponie des Kreises in der Gemeinde Ahrenshöft kann also ab 2005 nicht weitergeführt werden.

Bis zum Ausbruch des Konfliktes im Jahr 2000 geschah das Folgende: die „Abfallwirtschaftsgesellschaft Nordfriesland“ (AWNF), eine 100%ige Tochter des Kreises, hatte auf der Grundlage eines 1996 beschlossenen „Abfallwirtschaftsprogramms“ Kooperationen mit den Nachbarkreisen, auch dänischen Kommunen geprüft. Dies verlief ergebnislos.

So kam es 1999 zu einer Ausschreibung der Müllentsorgung durch die AWNF. Vorgeschrieben wurden weder die Entsorgung (die Verbrennung und die mechanisch-biologische Entsorgung wurden als ökologisch gleichwertig betrachtet) noch ihr Ort.

Das Ergebnis der Ausschreibung war der Abschluß eines Vertrages mit dem RWE-Konzern zu Beginn des Jahres 2000. Dieser Vertrag bedeutet die Lösung des Müllproblems für den Kreis: die RWE plante demnach, für die Entsorgung des Mülls den Bau einer MVA in Nordfriesland mit einer Kapazität von 75.000 t pro Jahr.

Bis zu diesem Zeitpunkt war der gesamte Vorgang sicher öffentlich (öffentliche Kreistagssitzungen, ebenso Presseinformationen), aber es hatte kaum eine öffentliche Diskussion stattgefunden.

Dies änderte sich schlagartig mit der Unterzeichnung des Vertrages. Nach gescheiterten Versuchen, die Anlage in Husum oder Niebüll zu bauen, misslang schließlich auch der Versuch in Bredstedt, allerdings erst nach Gründung einer aktiven Bürgerinitiative, einer breit auch in der Öffentlichkeit ausgetragenen Auseinandersetzung und einer die Bauabsichten zu Fall bringenden Abstimmung durch die Bürger.

Nach einigen Monaten relativer Ruhe wurden zwischen Husum und Bredstedt insgesamt fünf Gemeinden benannt, die für die Errichtung der MVA infrage kommen sollten. Spontan entstanden an den betroffenen Orten und vielen Umlandgemeinden Bürgerinitiativen, bislang sind es 21. Sie setzen sich in vielen Veranstaltungen gegen den Bau der Anlage ein, Aktionen wurden gestartet, Flugblätter gedruckt, Informationen eingeholt und Fachleute eingeladen, um sich für die Diskussionen und Auseinandersetzungen zu wappnen.

In der sich mit der Zeit immer breiter ausladenden Diskussion spielten vor allem die folgenden Gegenargumente der Bürgerinitiativen eine wichtige Rolle:

- Die MVA birgt ein Restrisiko. Ihre Abgase enthalten unbekannte Stoffe, über die niemand Aussagen machen kann. Eine mechanisch-biologische Anlage verbrennt nur einen Teil des Mülls und wird daher bevorzugt.
- Die Kapazitäten der Anlage übersteigen den Bedarf. Es droht ein Mülltourismus nach Nordfriesland.
- Die Gifte werden auch bei modernen Anlagen nicht beseitigt, sondern lediglich gefiltert. Das Problem der Filterstäube und der Schlacke bleibt.
- Es fehlt ein Konzept für die Nutzung der Wärme, die in der Anlage erzeugt wird.
- Es findet keine oder zu wenig Trennung des Mülls statt. Z.B. werden Elektrogeräte bislang nicht wiederverwertet.
- Überhaupt sei die Frage der Müllreduzierung in Nordfriesland noch nicht genügend diskutiert, hier gäbe es noch Potentiale. Müllreduzierung geht vor Müllentsorgung. Teilweise ergaben sich auch Fragen nach unserem Lebensstil und seinen Folgen.
- Die Bürger seien mit der ganzen Debatte überrascht worden und hätten zu wenig Mitspracherechte erhalten.

Im Jahr 2002 erreichten die Dichte der Auseinandersetzungen ihren Höhepunkt. Mehre Veranstaltungen verliefen unter großer Anteilnahme der Bürger sehr kontrovers, eine eintägige Anhörung des Kreistages fand statt. Schließlich erwirkten die Bürgerinitiativen im Juni 2002, dass der Kreistag eine Aufforderung an die RWE richtete, alternative Entsorgungsmöglichkeiten zu prüfen. Eine mechanisch-biologische Anlage in Neumünster, außerhalb des Kreises, könnte eine solche Alternative darstellen.

Kirchliche und theologische Zugänge der Kirche

Manche Menschen wendeten sich an Kirchengemeinden und PastorInnen. In den Bürgerinitiativen engagierten sich Menschen, die Mitglieder in Kirchenvorständen waren. Schließlich waren auch im Umweltausschuss des Kirchenkreises Husum-Bredstedt einzelne, die unmittelbar betroffen waren.

In dieser Situation hat die Kirche die Haltung der besorgten und in Bürgerinitiativen organisierten Menschen inhaltlich aufgenommen und unterstützt. Dies geschah frühzeitig durch Briefe einzelner Kirchenvorstände an lokale Politiker. Es

wurde auf die Umweltproblematik einer MVA hingewiesen, das Thema der Müllvermeidung vor der Frage der Müllentsorgung spielte ebenfalls eine wichtige Rolle. Ebenso wurde auf die beschädigte politische Kultur im Landkreis verwiesen

Auf Bitten aus den Bürgerinitiativen wurde in der Kirchengemeinde Dreisdorf auch ein Freiluftgottesdienst gefeiert. An seiner Gestaltung waren viele – auch aus den Bürgerinitiativen – beteiligt.

Mir will scheinen, dass man am Gottesdienst grundsätzliches zur Aufgabe der Kirche in solchen öffentlichen Konflikten ablesen kann: ein Aufbrechen der verhärteten Fronten und der Versuch einer Neuausrichtung der Beteiligten auf einen neuen Horizont und aufeinander. Was ist damit gemeint?

Die Feier des Gottesdienstes will fokussieren auf Gott hin, will ihn loben und ihm die Ehre geben. Dazu gehört das gemeinsame Vor-Gott-Treten als solche, die in Schuld verstrickt sind. Die Gottesdienstteilnehmer empfangen Worte der Vergebung, sie lassen sich bestärken durch das Hören auf Gottes Wort, sie antworten in Gebeten, in Liedern, sie werden in das Reich Gottes quasi hineingezogen durch äußere Zeichen und das Wort Gottes. Sie ergreifen Partei in der Fürbitte für die, die Gottes Hilfe haben müssen. Und sie tun dies alles, „nicht aus Zwang oder mit Unlust, nicht um zeitlichen und ewigen Lohn ..., sondern allein Gott zur Ehre und den Nächsten zum Nutzen“¹. Damit ist eine Haltung eingenommen und ein Verhalten erreicht, dass sozusagen „außer der Welt“ ist. Es bedeutet eine völlige Neuausrichtung und ein neues Betrachten des eigenen Ich, des Nächsten, der ganzen Welt. Nicht, dass dieses Beziehungsgeflecht nicht schon vorher da gewesen wäre; aber es wird neu in Beziehung gesetzt, neu gewertet, neu - oder überhaupt zum ersten Mal - entdeckt.

So wird der Mensch im Gottesdienst durchaus unschön *herausgerissen* aus den verkrusteten Meinungen über sein eigenes Leben, den impliziten Axiomen seines Alltags, manchen Uneigentlichkeiten, von denen man erkennt, dass man sie eigentlich nie wollte.

Damit kommt auch der Kult der Bilder und Klischees an sein Ende, weil man eine andere Warte einnehmen und andere Werte dem Geschehenen beimessen kann. Wenn es gut geht, kann man am Ende wie seinerzeit die Götzendiener sprechen: „Ist das nicht Trug, woran meine Rechte sich hält?“ (Jesaja 44,20)².

Das sozialetische Engagement der Kirche freilich ist *im engeren Sinne* sicher nicht als Gottesdienst zu bezeichnen. Man kann aber sprechen vom „Gottesdienst im Alltag“, der ja aber keine andere Struktur und Abzweckung haben kann als der sonntägliche. Modellhaft denken könnte man auch an jene von Luther erwähnten Gottesdienste, die stattfinden „öffentlich in den Kirchen vor allem Volk ..., worunter viele sind, die noch nicht glauben oder Christen sind, sondern die Mehrzahl steht da und gafft,

¹ Luther, Von Ordnung Gottesdiensts in der Gemeinde.

² Es ist kein Zufall, dass Luther „die rechte Ehre und Gottesdienst“ im Zusammenhang des ersten Gebots Gebots erwähnt: vgl. den Großen Katechismus zu den 10 Geboten, I,16.

dass sie auch etwas Neues sehen“³. Das christliche Amt in unserer Gesellschaft wäre also, anderen davon weiterzusagen, was uns Christen im Gottesdienst aufgeht, andere an grundlegenden gottesdienstlichen Erfahrungen auch teilhaben zu lassen; dies ist de facto zu tun sozusagen *remoto deo*, überwiegend also unter Hintansetzung Gottes.

Konkrete Schritte

Die „gottesdienstlichen Erfahrungen“ hat die Kirche hier vor Ort – wenn ich recht sehe – auf zweierlei Weise sowohl in die Seelsorge als auch vor allem in die öffentliche Diskussion getragen: sie will bewusst Partei sein für die, die sich durch die Pläne des Kreises bedrängt, ja bedroht sehen. Kirche hat sich nicht herausgehalten, sondern argumentiert einerseits unter dem Gesichtspunkt der Bewahrung der Schöpfung, andererseits mit dem Appell an die Verantwortung für das eigenen Handeln – dies bedeutet konkret, dass z.B. die Frage der Müllvermeidung nun eine besondere Rolle spielte⁴.

Dies bedeutet konkret aber auch, dass nicht alle eines Sinnes waren: nicht alle Kirchenvorstände haben sich überhaupt für das Thema erwärmen können, manche haben das Thema sehr kontrovers diskutiert und konnten sich dann nicht zu einer Solidaritätserklärung für die Bürgerinitiativen entschließen. Gerade diese Haltung, die manche enttäuscht hat, ist aber doch auch in solchen Konflikten zu ertragen: sie zeigt und erinnert, dass die Kirche die Wahrheit nicht gepachtet hat und das christliche Gewissen unter den Bedingungen der Vernunft überhaupt nicht außerhalb des gesellschaftlichen Diskurses stehen kann.

Der zweite Teil des Engagements hat, so zeichnet es sich im Moment ab, vielleicht die grundlegendere Wirkung hervorgebracht hat. Hier war es das Anliegen, die gottesdienstliche Erfahrung des Herausgerissenwerdens aus den verkrusteten Meinungen in den Konflikt zu tragen. Der Umweltausschuss hat daher im Februar 2002 ein vermittelndes Gremium, einen „Runden Tisch für ein Müllkonzept in Nordfriesland“ vorgeschlagen, den er – halb im Scherz – „Müllrat“ genannt hat. Diese letzte Bezeichnung hat sich freilich bis heute durchgehalten und ist heute seine offizielle Bezeichnung.

Im Hintergrund steht die Erfahrung des Beharrens auf Rollen und Strukturen, die den Konflikt nur behinderten: die Politiker wollen gern *allein* entscheiden, weil sie meinten, dass dies ihr Amt sei. Bei Anhörungen, Diskussionen und anderen Veranstaltungen wurde etwas geübt, was man als restriktives Kommunikationsmanagement bezeichnen könnte: man durfte nur Fragen stellen, wer ein Statement abgab oder einen Eindruck schildern wollte, wurde unterbrochen. Im Kreistag wurde in Debatten über die Bürgerinitiativen geredet in ihrem Beisein als Zuhörer, sie selbst kamen dort nicht zu Wort (nur in der Einwohnerfragestunde). Aus manchen Bemerkungen sowohl der Verwaltung als auch der Politik bekam man den Eindruck, dass der „mündige

³ Luther, Vorrede zu: Deutsche Messe und Ordnung Gottesdiensts

⁴ Der Kirchenkreis Husum-Bredstedt hat dann auch konkrete Schritte eingeleitet: versuchsweise werden zur Zeit an zwei Orten alte Tonerkartuschen und gebrauchte CDs gesammelt.

Umwelt-Bürger“⁵ nicht gewollt wurde und als eher irrationaler Störfaktor in einem ansonsten geregelt ablaufenden demokratischen Verfahren betrachtet wurde. Den Bürgerinitiativen wird immer wieder vorgeworfen, sie agierten allein nach dem St.-Florians-Prinzip; insofern seien sie verantwortungslos.

Nicht anders bei den Bürgerinitiativen: hier schimmerten Klischees durch wie der berühmte Kampf „gegen die da oben“. Nicht immer mit sachlichem Anhalt wurden dem RWE-Konzern Vorhaltungen gemacht; hier spielte die in die Zeit der Auseinandersetzung fallende Aufdeckung des Müll-Bestechungsskandals in Nordrheinwestfalen eine große Rolle. Schnell sind Vorstellungen da, Politik und Wirtschaft würden „ihr Ding drehen“ – und dies ohne Rücksicht auf die Gesundheit und den Willen des Bürgers.

Der „Müllrat“ soll in dieser Situation dies leisten: er soll die Beteiligten an einen Tisch bringen, ein freies und doch offizielles⁶ Gespräch ermöglichen. Sich kennen zu lernen ist kein geringes Ziel und überhaupt nicht leicht. Er soll ferner der rechtzeitigen und gründlichen Unterrichtung über den Fortgang der Entscheidungen dienen. Auf dieser Grundlage soll er dann auch mindestens eine Beratung der Politik bei den Entscheidungen erbringen – für das, was konsensfähig ist, vielleicht auch für Alternativen, die zuvor niemandem eingefallen sind. Vielleicht auch für eine weitere Verantwortung für die Zeit nach der Lösung des aktuellen Konflikts, denn vielen ist inzwischen klar, dass mit der Lösung des Konflikts das Müllproblem eigentlich nicht wirklich gelöst sein wird.

Was ist aus dem Müllrat geworden? Der Vorschlag wurde gemacht, lag geraume Zeit in irgendwelchen Schubladen, und wurde im vergangenen Juni schließlich von einer Wählergemeinschaft in den Kreistag getragen. Dort machten sich relativ bald alle Parteien – teils nach anfänglichem Zögern – die Sache zueigen. Der Müllrat ist nun eingesetzt und durch einen Beschluss des Umweltausschuss des Kreises auch näher beschrieben⁷. Er dient nun, wie es heißt, der Beratung des Umweltausschusses.

Thomas Schaack

⁵ So ein Aufsatztitel von Kurt Oeser, in: U. E. Simonis (Hg.): Lernen von der Umwelt– Lernen für die Umwelt. Theoretische Herausforderungen und praktische Probleme einer qualitativen Umweltpolitik; Berlin 1988, S. 87-94.

⁶ „Freie“ Gespräche gab es genug: in der „Lobby“, in Telefonaten etc., aber der öffentliche, offizielle Charakter gibt der Sache m.E. erst eine entscheidende Bedeutung.

⁷ Geradezu euphorisch die Husumer Nachrichten am 30. Oktober 2002 in einer Kolumne auf Seite 1: „Der Bürger als direkter Berater für den Politiker. In Nordfriesland ist es demnächst keine Fiktion mehr, sondern Wirklichkeit“.